

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillier-Verbandes

Nr. 49 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelisstr. 14 II
Fernsprecher: 32 Tannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 7. Dezember 1928

Wohin soll die Reise gehen?

Das Jahr 1927 brachte für die deutsche Wirtschaft einen Rückgang der Beschäftigung sämtlicher Industriezweige. Dagegen brachte das laufende Jahr eine rückläufige Entwicklung, da eine Steigerung der Beschäftigung nur in den Sonnengewerben festgestellt war. Diese rückläufige, wenn auch keineswegs schlechte Konjunktur ist begleitet von hohen Preisen und gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Unternehmer benutzen nun die gegebene Lage, um ihrer Abneigung gegen Wohnhausbesitzungen eine Begründung zu geben. Sie erklären ganz einfach weitere Zulagen für untragbar. Einer Anzahl Großunternehmergruppen erscheint diese Situation der gegebenen Moment, um gegen die Gewerkschaften eine Kraftprobe auf der ganzen Linie zu unternehmen. Sie glauben nichts zu verlieren, wenn sie ihre Betriebe eine Zahl von Wochen schließen, um die Belegschaften mürbe zu machen.

Der erste entscheidende Vorstoß wurde von den Unternehmern der nordwestlichen Eisenindustrie unternommen. Um Berlauj die Lohnbewegung für diese Industrie haben die Hüttenherren ihr Arbeitnehmerkonto ausgesperrt und die Betriebe auch nach erfolgter Verbündelklärung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium nicht wieder geöffnet. Das Vorderechtsgericht in Duisburg hat die Auseinandersetzung der Unternehmer zurückgewiesen und den Schiedspruch für au Recht befindend erklärt.

Die an der Bewegung beteiligten Gewerkschaften haben nunmehr einen Verbindungsvortrag gemacht, indem sie sich bereit erklärt haben, die Arbeit wieder aufzunehmen und das Urteil des Reichsgerichts abzuwarten. Da gegen verlangen die Unternehmer nach wie vor, daß die Gewerkschaften, den zu Recht bestehenden, verbindlich erklärten Schiedspruch preisgeben sollen. Zurzeit versuchen die Unternehmer den Kampf hinauszuzögern, indem sie auf die noch zu erwartende Entscheidung des Reichsgerichts verweisen. Diese Entscheidung wird im günstigsten Falle erst in der zweiten Hälfte des Monats Dezember herauskommen. Die Unternehmer wollen nun damit, daß der Schiedspruch für ungültig erklärt wird. In diesem Falle hoffen sie mit Hilfe der Unionsanstreiter jetzt weitere Lohnzulagen abwehren zu können. Hält jedoch das Reichsgericht den Schiedspruch aufrecht, so sollen die Arbeitsgerichte stillgelegt werden. Um was es bei dieser Differenz geht, hat die "Deutsche Arbeitgeberzeitung" offen ausprochen. Sie schreibt:

"Es geht in der Tat um mehr als um eine einfache Lohnfrage; es geht um den Bestand der deutschen Wirtschaft, um die Freiheit des Unternehmerstandes, der Stamm, der einst als Stütze des Staates galt. Die Stammkosten ersteren, wie es eindeutig genug in Hamburg zum Ausdruck gekommen ist, der Erfolg der freien Wirtschaft durch eine sozialisierte, oder, wie es milde bezeichnet wird, eine demokratische Wirtschaft".

"Löhnen des Staates" nennen sich die Herren, die sich nicht entblößen, einige Wochen vor Weihnachten den Staat in großer wirtschaftlicher Ergründerung zu stürzen zur Genugtuung der ausländischen Konkurrenz, die alles daran lebt, um in das Geschäft hineinzumuten.

"Es geht um die Freiheit des Unternehmertums". Die Unternehmer aller Seiten haben stets das Recht für sich in Anspruch genommen, den Arbeitslohn möglichst hoch hinaufzutragen und den Profit möglichst hoch hinaufzutragen. Das ist eine Tendenz, die zur Natur der kapitalistischen Wirtschaft gehört. Jedes Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer ist den Industrieherrn in tiefler Seele verbaut. Friedrich Krupp, der Gründer eines der Amkußkampf beteiligten Betriebe, legte im Jahre 1871:

"Ich empfehle aber äußerste Vorsicht und Kontrolle des Verhaltens der Arbeiter und Meister, und jeden sofort bei jedem Verbande, der kleinlich ist gegen Arbeitgeber und Kapital. Wir wollen nur treue Arbeiter haben, die dankbar im Herzen und in der Tat dafür sind, daß wir ihnen Brot bieten."

So dachten die Schlossbarone des Rhein-Ruhrgebietes heute noch. Das Ziel dieser Scharfmacherguppen geht davon, unter Ausnutzung des Nachlasses der Gewerkschaften, der Zukunft zu leisten. Ziel der Kampagne ist die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen und sozialen Verfassung, die die Entwicklung um einige

Jahrzehnte zurückzuführen soll. Das Unternehmertum will wieder in unbeschranktem Absolutismus als Herr im Hause der Wirtschaft schalten und wüten können. Jede störende Hand sei es die des Staates oder die der Gewerkschaften, soll fortgängig ferngehalten werden. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse insbesondere soll wieder eine Angelegenheit ausschließlich des Unternehmertums sein. Die Arbeitnehmer sind nach ihrer Ansicht, abgesehen von ihrer Begehrlichkeit, viel zu dünn, um von den Rottwendigkeiten der Wirtschaft etwas zu verstehen. Sie können nach Ansicht der Unternehmer nicht einmal ihr eigenes Wohl begreifen. Allein dem Unternehmertum ist die Gabe verloren, dem Allgemeinwohl dienen zu können.

Die Scharfmacher werden mit ihren Zukunftsplänen wenig Glück haben. Der Kampf wird jüngst der Arbeitnehmer mit aller Energie zugesetzt werden. Es steht fest, daß das Recht und die Sympathie weiter Kreise der Bevölkerung auf Seiten der ausgesperrten Arbeitgebergruppen, die sich auf die Seite der Eisenindustriellen stellen.

Von ganz besonderem Interesse dürfte für unsere Kollegen sein, daß sich auch die "Deutsche Lederwaren-Industrie", das offizielle Organ des Verbands Deutscher Lederwaren-Industrieller, Sitz Offenbach a. M., auf die Seite der ausgesperrten Unternehmer stellt. In Nr. 24 bringt diese Zeitung einen Artikel, überzeichneten "Zur Lage". Darin wird gesagt:

"Die deutsche Wirtschaft steht noch unter dem Eindruck des Arbeitsamtes im Rhein-Ruhrgebiet. Wir wollen uns nicht in den Streit der Parteien einmischen, aber feststellen, daß sich die Gewerkschaftssperre als eine Abwehrmaßnahme der beteiligten Unternehmer gegenüber der Gefahr einer wirtschaftlich unvernünftigen Handhabung des Schiedsentschlusses darstellt. Der Kampf in Rheinland-Westfalen beleuchtet schlagartig die lohnpolitischen Methoden der Nachkriegszeit. Diesen gegenüber muß es immer wieder klar und deutlich gestanden werden, daß die Löhne — nachdem sie die Friedensstaatskraft erreicht und überwunden haben — jetzt nicht mehr ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage erhöht werden können. Es muß endlich auch einmal an die Wiederherstellung der Vorriegsrentabilität der Betriebe gedacht werden, vor der wir trotz der Nationalisierung noch weit entfernt sind. Dies gilt nicht nur für die Allgemeinheit der deutschen Wirtschaft, sondern auch für die gesamte deutsche Lederwarenindustrie. In diesem Zusammenhang interessiert auch der Stand der Löhne der deutschen Lederwarenarbeiter Ende Oktober 1928." Es werden dann die in Nr. 46 unter Verbandsorgans veröffentlichten Löhne für die Lederwarenindustrie gebracht und dann wird weiter gesagt: "Durch einen Vergleich der jüngsten Sätze mit denjenigen vom Juli 1914 kann wohl in allen Fällen eine mehr als hundertprozentige Erhöhung der Friedenslöhne nachgewiesen werden. Die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Oktober 1928 beträgt hingegen nur 152,1 (1913 gleich 100)!!!"

Die drei Auszügechen am Schluß des leitungsseitigen Sages sollen wohl der Erhöhung des Arbeitnehmers über die hohen Löhne in der Lederwarenindustrie Ausdruck verleihen. Wie müssen demgegenüber erscheinen, daß uns diese Lohnentwicklung weder imponieren noch aufzuredenstehen kann. Deutlicher Kollegen, der einmal an Lohnverhandlungen für die Lederwarenindustrie beteiligt gewesen ist, wird aus eigener Erfahrung wissen, daß die Spaltenhöhe von 78 Pf. bis 1,08 Mt. für den gelernten Arbeiter über 22–23 Jahre mit an letzter Stelle der Löhne für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands stehen. Dazu kommt noch, daß für die nachgeordneten Lohngebiete die Löhne noch 5 bis 15 Proz. niedriger liegen als angegeben. Wir müßten uns auch dagegen wenden, wenn der Anschein erwacht werden soll, als sei das reale Einkommen der Arbeiterschaft in der Lederwarenindustrie seit 1914 um das Doppelte gestiegen. Bei der Bewertung des Lohnes muß berücksichtigt werden, daß wir heute den Achtkunderttag haben gegenüber der neu- und gebildeten Arbeiterschaft, wie sie in der Vorriegszeit üblich war. In den Deutbezirken sind nicht enthalten die Steuern und sozialen Beiträge, die ganz enorm gestiegen sind und jedem Arbeitnehmer vom Lohn abgezogen werden. Dazu kommen die hohen Mieten für die Ledigen und für alle, die nicht das Glück haben, in Altwohnungen zu leben. Auch haben die Arbeitervrouwen bei allen Verhöhnlichungen der Indexziffern immer die Angabe der

Gehälte vermißt, in denen man die Waren zu den angenommenen Preisen erledigen kann. Eine weitere Beleidigung des Arbeitseinkommens aller in der Lederwarenindustrie Beschäftigten bringt die dauernde Unsicherheit in der Beschäftigung mit sich.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im letzten Jahr für die Lederwarenindustrie: Ende des vierten Quartals 1927 19,9 Proz., Ende des ersten Quartals 1928 21,2 Proz., Ende des zweiten Quartals 1928 20,1 Proz. und Ende des dritten Quartals 1928 20,3 Prozent.

Die Zeitung "Augsus und Bedarf" meldet in ihrer Nr. 39, daß der Sozialrat für Offenbach a. M. in diesem Jahre erstaunlich früh eintrete, und führt das unter anderem mit der unklare politische Lage und die Ausperrung in der Gruppe Nord-West zurück, und knüpft daran die Hoffnung, daß der frühe Schluss der Saison vielleicht ein früheres Eintreten der Frühjahrsaison und besseren Eingang der Außenstände mit sich bringen könnte.

Für einen großen Teil der Kollegenschaft bedeutet diese Entwicklung des Arbeitsmarktes Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, auf alle Fälle große Verdienstausfälle und Zeit, sich zu berechnen, was es mit der hundertprozentigen Steigerung der Einnahmen gemessen an der Vorriegszeit eigentlich auf sich hat.

Sollen wir noch die Lohn- und Verdienstfrage der Heimarbeiter, besonders im Offenbacher Industriegebiet, aufwerfen? Es ist sehr verlockend, einmal auszurechnen, was Mann, Frau und sonstige Familienangehörige zusammen verdienen und welche Stundenlöhne dabei auf die Einzelportion entfallen, trotz tatsächlich geregelter Arbeitszeit und allgemeinverständlich erklärten Lohnabkommen. Sollte nicht hier die Quelle der Sympathie der "Deutschen Lederwaren-Industrie" für die Rhein-Ruhrausperrung zu suchen sein?

Eines muß dabei noch besonders genannt werden. Ist denn wirklich in der Lederwaren- und Kleiderfert-Industrie der Arbeitslohn am einzelnen Stück so gestiegen, daß die Rentabilität der Betriebe dabei zu kurz gekommen ist? Die Massenfabrikation und damit die Nationalisierung hat ganz bedeutende Fortschritte gemacht und das Bild der Werkstätten grundlegend verändert. Der eiserne Kollege, die Maschine, erobert sich immer ärgerliche Arbeitsabfälle, besonders in der Kleiderfert-Industrie. Die Massenfabrikation bevorzugt Frauenarbeit, und so leben wir, daß in den letzten Jahren in den umgestellten Betrieben sich die Struktur der Betriebe dahin verändert, daß der Anteil der weiblichen Arbeiter an der Gesamtleibeschaft zunimmt und der Anteil der Männer abnimmt.

Der Arbeitsprospekt wird immer mehr zu einer Folge von Arbeitsvorgängen umgestellt. Auf der ganzen Linie ist eine Kostensteigerung des Arbeitsplatzes und damit eine Kostenersparnis pro Einheit der Ware vor sich gegangen, so daß in vielen Fällen der Stückpreis für den einzigen Artikel, gemessen am Vorriegspreis, zurückgegangen ist.

Auf der anderen Seite hat auch die Lederwaren- und Kleiderfert-Industrie von den lohnpolitischen Methoden der Nachkriegszeit profitiert. Wo wäre die tatsächliche Entwicklung der Kleiderindustrie geblieben, ohne die Errungenschaft der Arbeit- und Angestellteninteressen. Wer soll die Massenartikel der Lederwarenabfertigung abnehmen, wenn nicht eine gut verdienende Arbeiterschaft in Deutschland vorhanden ist? Von Exportgeschäft allein wird die Lederwaren-Industrie auch in der Zukunft nicht existieren, sondern liegt auch im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft, wenn die Lebensbedingung der deutschen Arbeiterschaft eine bessere wird.

Wir halten den Weg, den die Eisenindustriellen eingeschlagen haben, für enorm wirtschaftsfeindlich. Solche Unternehmergruppen mit ihren Bestrebungen Erfolg haben, so wird das nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für weite Kreise des Bürgertums und der Industrie schwere geschäftliche Schwierigkeiten mit sich bringen. Unter den Leitgegenden dürfte die deutsche Lederwaren-Industrie nicht an leichter Stelle stehen, denn eine schlecht entlohnte Arbeiterschaft wird keine Lederwaren kaufen können und damit auch keine Lederwaren. Als einzige richtige Anwendung für unsere Herren Arbeitgeber müßte daher bestimmt sein: nicht Sympathie mit den aussperrnden Eisenindustriellen, sondern Einführung ausländischer Löhne auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen der deutschen Lederwaren-Industrie.

Beendigung der Aussperrung in der Eisenindustrie.

Nach den letzten Vorgängen im Aussperrungsgebiet ist mit einer baldigen Beendigung des Kampfes zu rechnen. Die Reichsregierung hat angekündigt, der momentanen Lage der Bewegung den Vorschlag gemacht, daß sich beide Parteien der Aktion in einer mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Bezirks verträglichen Persönlichkeit als neutrale Schiedsrichter unterwerfen sollen. Vorge schlagen wurde der Reichsminister des Innern, Genosse Seesing. Die Arbeitgeber sowie die übrigen von der Aussperrung betroffenen Metallarbeiterorganisationen haben diesem Vorschlag zugestimmt.

Am Sonntag, dem 2. Dezember, fand in Eisen eine Sitzung des Gewerkschaftsrates des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, und es wurde mit 25 gegen 14 Stimmen nachstehender Besluß gefaßt:

"Die Aussperrung, von den Unternehmen unter Beistellung des geltenden Rechts vorgenommen, ist ein Kampf gegen die Sozialordnung und ihre Anwendung durch die Regierung. Ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beleidigung der Wirtschaft. Daraus ergibt sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmer Geltung zu verschaffen zur künftigen Sicherung des ganzen Rechtsgebens. Nicht nur um die im Schiedsspruch ausgesprochene Lohn-

erhöhung hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband den ausgezogenen Kampf geführt, sondern zugleich um die Erhaltung dieser öffentlichen Rechts. Um so mehr mußte seine Aufgabe von der Reichsregierung angenommen und unterstützt werden.

Die von der Regierung jetzt unternommene Vermittlungskonferenz ist eine Ausübung des Rechts nicht anzusehen. Sie die noch notwendigerweise ergeben, folgen für das ganze Rechtsleben, lehnt der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Verantwortung ab. Weder der Deutsche Metallarbeiter-Verband aber dem in Würth genommenen Vertrag er, dem Reichsminister Seesing, mit dem größten Vorurteil gegenübersteht. Richtig ist, daß außerstande, die Vermittlungskonferenz abzuschließen. In dieser Zwangslage wird sich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruchs erhalten bleibt."

Die Entscheidung dürfte nunmehr recht schnell herbeigeführt werden. Die Einstellung der Aussperrten wird infolge der Eigenschaft des Hüttenbetriebes erst allmählich erfolgen. Das formale Rechtssetzen vor dem Reichsgericht soll auf alle Fälle durchgeführt werden, um die Rechtsfrage zu klären.

Die neue Kurzarbeiterfürsorge.

Zum 18. November ist die Kurarbeiterunterstützung in Kraft getreten. Voraussetzung für den Anspruch auf Unterstützung ist, daß während eines gewöhnlichen Betriebs besteht, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden. Es müssen in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangel mindestens drei vier oder fünf volle Arbeitstage ausfallen. Weitere Voraussetzung ist, daß in dem Betriebe unmittelbar zuvor zwölf Arbeitswochen in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens zwei volle Arbeitstage ausfallen sind. Es ist weiter zu beachten, daß Kurarbeiterunterstützung erst genehmigt werden darf, nachdem dem Arbeitgeber angezeigt worden ist, daß in dem Betriebe übergeordnet wird. Die Unterstützung beginnt frühestens mit dem Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem Arbeitgeber folgt. Die Anzeige hat der Arbeitgeber zu erstatten. Unterhält er sie, so kann sie von der Betriebsvertretung oder, fehlt eine solche nicht bestehen, von jedem Arbeitnehmer des Betriebes erfüllt werden. Wie eine solche Anzeige nicht erfolgt, so gilt der Unterstützungsanspruch des einzelnen Kurzarbeiters als Anzeige.

Gießen diese allgemeinen Voraussetzungen vor, so hat der einzelne Arbeitnehmer, ohne Rücksicht darauf, ob er selbst Arbeitnehmer oder der Kurzarbeiter getroffen worden ist, Anspruch auf Unterstützung. Er muß jedoch die Unwirtschaftlichkeit erfüllt haben, das heißt eine mindestens zwanzigjährige Unterstützungszeitliche Belastigung auszuhalten. Die Höhe der Unterstützung beträgt, wenn drei Arbeitstage ausfallen, einen Tagessatz, wenn vier Arbeitstage ausfallen, zwei Tagessätze, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, drei Tagessätze der Arbeitnehmerunterstützung, die dem einzelnen Arbeitnehmer zusteht, wenn er arbeitslos wäre. Kurzarbeiter mit zwei zulässig überreichten Angehörigen erhalten, wenn drei Arbeitstage ausfallen, zwei Tagessätze, wenn vier Arbeitstage ausfallen, drei Tagessätze, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, kreisinhalt Tagessätze der

Arbeitslosenunterstützung. Kurzarbeiter mit drei und mehr zulässig überreichten Angehörigen erhalten, wenn drei Arbeitstage ausfallen, je einhalb Tagessätze, wenn vier Arbeitstage ausfallen, drei Tagessätze, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, vier Tagessätze der Arbeitslosenunterstützung.

Besonders zu beachten ist noch, daß auf Antrag des Kurzarbeiters die Kurzarbeiterunterstützung um diejenigen Betriebsarbeiter zu erneutet werden, die der Kurzarbeiter unterstützt werden, bis zum Antrag der Kurzarbeiterunterstützung um erhöht ist, die der Kurzarbeiter aufgewendet wird, um seine Weiterversicherung in der Mitgliedschaft oder Vorsorge durchzuführen, die dem Kurzarbeiter ausreichend ist, um seine Kurzarbeiterunterstützung entsprechend. Dieser Antrag kann nur innerhalb zweier Wochen bei Beginn der Kurzarbeiterunterstützung gestellt werden.

Ein Nachwort zur Herbstswerbung im Südwürttemberg.

Die Anregung des Zentralvorstandes, die Herbstwochen zu einer planmäßigen Aktion im gesamten Verbandsgebiet auszunehmen, wurde innerhalb des Kreises mit Freuden begrüßt. Bereits im September begannen wir mit den Vorbereitungen. Einige Orte beschäftigten sich aktiv in Haus- und Werkstattaktion. Die geleisteten Werbemaßnahmen fanden die wohlige Beteiligung und wurden von den Kollegen auch mit Interesse verfolgt. Leider ließ, wie auch in früheren Jahren, in einigen Orten die Tätigkeit des Ortsleiters manches zu wünschen übrig. Immerhin kann gelobt werden, daß weitaus größte Anzahl unserer Ortsverwaltungen ist mit Elter und Kraft an der Aktion gegangen und die Erfolge sind nicht aussehbare. Besonders wurde die Motivation durch die Verhölderung der Konjunktur, die sich besonders in der Autobranche, aber auch in der Kofferbranche bemerkbar macht. Die Autobranche bildet sich von Jahr zu Jahr mehr zum Saisonhafen heraus. In den Frühjahrsmonaten werden alle verfügbaren Kräfte aufgenommen, im Herbst sind regelmäßige Kurzarbeit ein und auch harte Einschränkungen sind zu verzeichnen. Auch in der Kofferbranche

ist ein starkes Absaugen des Geschäftsganges zu verzeichnen.

Zur Einleitung der Werbaktion fanden in den Bezirken Würtemberg und Frankfurt a. M. Beizirktreffen statt, über deren Verlauf bereits in den Nummern 41 und 43 unseres Verbandsorgans berichtet wurde.

Im Saar fanden dann, gut vorbereitet, 33 Werbeversammlungen mit dem bekannten Thema statt. Beide und nur von Verbandsmitgliedern besucht wurden, die unorganisierten lag mit wenigen Ausnahmen ferngeblieben waren. In den Versammlungen konnten nur wenig Maßnahmen gemacht werden. In Bezug ist aber zu sagen, daß durch die organisiatorische Vorarbeit bereits eine größere Anzahl Mitglieder geworben wurden. Soweit die Berichte bei der Sitzung eingegangen sind, können wir feststellen, daß im Morat-Dörfel folgende Aufnahmen zu verzeichnen waren: Stuttgart 51, Frankfurt a. M. 47, Würzburg 28, Mainz 14, Darmstadt 12, Ulm a. d. B. 13, Augsburg 18, München 8, Kaiserslautern 7, Rüsselsheim 5, Wiesbaden 5, Eine Reihe Orte haben mit der Beizirktreffenstellung noch aus, so daß eine nachholende Mitgliedszuwachs zu erwarten ist. Die neu gewonnenen Mitglieder auch dankbar für den Verband zu erhalten, wenn die nächste Angabe der Ortsverwaltung leistet.

Wenn auch die Werbeversammlungen nur von einer sehr breiten Anzahl unorganisierter besucht waren, so haben sie doch ihren Zweck erfüllt. In den Reihen unserer Mitglieder das Interesse für den Verband und dessen Wirkung zu wecken, die neu entstandenen Aufgaben der Gemeinschaftsbewegung weiteren Mitgliederkreisen näherzubringen, war eine notwendige Aufgabe, der unsere Werbeversammlungen gedielt haben.

Wir haben außerdem versucht, im Rahmen unserer Werbeposten die Verbindung in jenen Orten wieder aufzunehmen, die uns im Laufe der letzten Jahre infolge milderer Betriebszölle verloren gegangen waren. Nach hier kann gelobt werden, die Aufnahme von Seiten der Kollegen war gut. Die Erfahrung, daß die Kollegen ohne Organisation dem Unternehmen hilflos gegenüberstehen, bricht sich mehr und mehr ab.

Zum Schlusß wollen wir noch allen Kollegien, die uns bei der Werbaktion durch tatkräftige Hilfe, durch Übernahme von Versammlungen unterstützten, bestmöglich danken. Die Freiwilligkeitswesen 1939 werden uns wieder im gemeinsamer Arbeit zusammenführen.

Möge unsere Werbaktion in unseren Kollegenkreisen noch nachwirken, möge sie dazu dienen, mehr als früher die Kollegen zu tatkräftiger Mitarbeit zu bewegen. Nicht graue Theorie, sondern wie, denen wir in der Gewerkschaftsbewegung nachjagen. Treues Zusammenhalten und Zusammenwirken zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird auch in Zukunft den Kernpunkt unserer Organisation darstellen. Ewald Gass

Einige Werbeversammlungen in Thüringen.

Vor mehr als 25 Jahren bearbeitete ich als unbekannter Sozialreiter Sachsen und Thüringen agitatorisch, dann galt es in vielen Orten erneut zu tun.

Dem Wunsche, einige Versammlungen in Thüringen abzuhalten, leistete ich gern Folge.

In Kassel begann ich meine Tour und stand dort in einer mäßigen botischen Versammlung Verhandlungen für das Ausgabebereich unserer Organisation. Die unglückliche Vorformulierung in der fröhlichen Ortsverwaltung sind überwunden, und geht es mit der Organisation richtig zu.

Außerdem steht eine gute Kollegenschaft, die bis auf den letzten Mann die Organisation

ein „Kapital“ erwähnt. Morg in röhrender Weise die ökonomische Einfluss von Josef Diepgen.

Während seines Aufenthalts in Siegburg von 1859 bis 1864 schrieb Diepgen eine große Reihe von Briefen über ökonomische Fragen in den bekanntesten damals bestehenden Parteioblätttern und eine Enzyklade „Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sozialdemokratie“. Die bürgerliche Gesellschaft? „Nationalökonomisches“. „Offener Brief an Freiherrn von Soden“. „Über den Glauben der Christen“.

Sein Vatergeschäft und seine Werbärsche in Siegburg wurden durch die anwachsende Großindustrie von Jahr zu Jahr weniger konkurrenzfähig und profitabel, bis schließlich der Fall seiner Kundenlast infolge einer dreimonatigen Unterhängungsstadt so fest ganz vorliegt. Die Verhängung erzielte unter dem Eindruck der Aufregung, die die deutschen Arbeiter nach den Attentaten Adels und Nobellings im Jahre 1878 ergriffen hatte. Die direkte Ursache dazu bot eine Rede, die Diepgen über das Thema „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ in Köln gehalten hatte. Diese Rede erzielte 1878 in Drus und wurde später in „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ in Köln gebalten.

Josef Diepgen zur Übernahme einer Reichstagsabgeordneten im Reichstag Bandkreis. Er unterlag jedoch einer Kondition. 1884 wanderte Diepgen zum dritten Male nach den Vereinigten Staaten aus und übernahm in New York die Redaktion des eben neu gegründeten Parteizeitung „Der Sozialist“. 1886 ließte er nach Chicago über. Als 1886 die Rebellen der Chicagoer Arbeiterpartei verhaftet wurden, um ein Jahr später durch eine blonde Justiz hingerichtet zu werden, übernahm er vorübergehend die Redaktion der „Chicagoer Arbeiterzeitung“ und blieb auch bis zu seinem Tode Mitarbeiter an denselben. In Chicago entstanden dann auch die leichten Werke „Sitzesäule eines Kämpfers der Sozialdemokratie“ und „Das Almanach der Philosophie“.

Um 15. April 1888 ist Josef Diepgen, nach nicht 60 Jahren, ganz plötzlich an einer Herzkrankung gestorben. Die philologischen Schriften Diepgens haben viele Befürchtungen gelöst und viel zur Klärung ihrer ökonomischen Bedeutung beigetragen; ihre Bedeutung für die Theorie der sozialistischen Bewegung wurde viel zu wenig erachtet. Diepgen hat den Proletarien in seinen Werken gezeigt, welche Rolle sie nicht allein in ihrer Ökonomie, sondern auch in ihrer Philosophie bekleidet. Die Vorrede seiner Schrift „Das Leben der menschlichen Künstler“ unterschreibt er: „Josef Diepgen, Sozialreiter.“ Schart wendet sich gegen Diepgen, die ihm vorwerfen, kein Professor der Philosophie, sondern von Proletariat ein Handwerker zu sein. Er führt dann fort: „Ich entwickele in dieser Doktorfestschrift als Organ des Allgemeinen. Der Sozialdemokratie, der vierter, der Arbeiterstand ist insoweit erst der wahre Träger dieses Organs, als die herrschenden Klassen durch ihre besonderen Interessen verhindert sind, das Allgemeine angewerkenn.“

An einem Brief an seinen Sohn Eugen höre ich unter anderem: „Die erste Bedingung zur Philosophie ist ein unter Erfahrungen und Schriften reiches eigenes Leben, was leicht gelingt, jede Lust und jeden Schmerz getötet, kein Sozialist und das Vorechte lebt getan und ertragen kann.“

Karl Marx hat das Wesen des materialistischen Produktionsprozesses entdeckt und seine entscheidende Bedeutung als Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung festgestellt, hat aber nicht ausdrücklich erklärt, wie aus dem Wesen des menschlichen Geistes die Rolle entspringt, die er in diesem materialistischen Prozeß spielt. Bei der Kritik der Hegelschen Tradition des bürgerlichen Denkens zählt die Weltanschauung zu den Hauptpunkten, worum seine Theorien so unbedeutend und schwer begreiflich werden. Viele Begriffe zum Gegenstand seiner Untersuchungen mache. Darum ist das gründliche Studium von Diepgens Schriften ein wichtiges und wichtiges Hilfsmittel, um die grundlegenden Werke von Marx und Engels zu verstehen. Darum können wir jedem Kollegen den Rat geben, sich in eubriger Runde mit der Kultur der philosophischen Schriften von Diepgen zu beschäftigen, es werden ihm daraus gewundene Gedanken und Erkenntnisse entstehen.

Abrechnung für das dritte Quartal 1928.

Einnahmen der Hauptkasse:

Bestand am 30. Juni 1928	86 324,35
Einnahmen der Verwaltungsstellen	136 393,64
Von der Bank erhoben	56 996,30
Güten	288,79
Abonnenten und Interate	185,68
Vertriebene Einnahmen	174,48
	280 366,23

Ausgaben der Hauptkasse:

Agitation	12 935,07
Zeitung	10 178,29
Verwaltungskosten (persönliche)	7 585,65
Verwaltungskosten (fachliche)	4 303,73
Logbewegungen	356,30
Streitunterstützung	499,40
Gehörgesetzesunterstützung	426,80
Rechtschutz	868,68
Bankfehlzahlungen	89 915,32
Kapitalanlagen	39 436,10
Zufuhr an die Verwaltungsstellen	455,-
Rückergütung von Zeitungsbonnement	173,40
Unterstützungskasse	1 416,61
Konferenzen	764,13
Gewerkschaftsbund	11 098,10
verschiedene Ausgaben	100,-
Bestand am 30. September 1928	99 855,61
	280 366,23

Einnahmen der Kostakassen:

Bestand am 30. Juni 1928	259 303,10
Prozente der Brüder	62 439,66
Votative Beitragsschläge	41 229,20
Erwerbskostenmarken	2 821,05
Güten	4 475,20
verschiedene Einnahmen	5 297,44
	375 565,65

Ausgaben der Kostakassen:

Agitation	6 848,76
Entschädigung der Ortsverwaltungen	16 838,96
Gehalt der Angestellten	25 561,50
Sonstige Entschädigungen	2 925,02
Signalgeld	2 280,20
Miete u.w.	6 695,24
Bureauausgaben	6 646,81
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	4 911,04
Arbeitsnachweise	46,35
Bibliothek	1 001,51
Konferenzen	441,53
Beitragsmarken an Erwerbskasse	6 128,90
Logbewegungen	1 390,17
Streitunterstützung	106,45
Gehörgesetzesunterstützung	227,12
Kostale Rücksandsunterstützung	3 902,04
Zuwendungen an andere Organisationen	2 798,06
Bestand für das 4. Quartal 1928	287 012,89
	375 565,65

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluss des 3. Quartals 1928:

in der Hauptkasse	742 750,49
in den Kostakassen	287 012,89
Insgesamt: 1 029 763,38	

Eine Agitationstour in Süddeutschland.

Um der Kollegenschaft neue Unregelmäßigkeiten im Berufsleben zu geben, war ein Austausch zwischen mir und dem Kollegen Bach, Frankfurt a. M., herbeigeführt worden. So unternahm Unterzeichner eine achtjährige Agitationstour durch Süddeutschland. In meinen Vorträgen behandelte ich die geschichtliche Entwicklung des Sattler- und Tapezierergewerbes und ging auf die Bildung der Gewerkschaften, insbesondere auf die Beziehungen unserer Berufsorganisationen ein. Ein Vergleich der früheren Verhältnisse mit dem heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung zeigt den erheblichen Fortschritt derzeitigen. Auch auf den anderen Gebieten der Arbeiterbewegung lachten sich viele Schwächen jährlings früher und jetzt ziehen. Wer sieht diese Entwicklung miterlebt hat, kann aus dem Vorn der eigenen Erfahrungen viel Material schöpfen. Nach der Revolution von 1918 wurde der achtjährige Arbeitsstag eingeführt. Das Betriebsratgegebot wurde geschaffen. Vor 20 Jahren kostete es Mühe, einen Arbeiteraustausch in den Betrieben zu bekommen. Heute kann jeden Gewerkschaftsvertreter als Arbeitssicherer bei den Verhandlungen der Arbeitgeberseite. Nach dem Gelehrten für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegen Gewerkschaftsvertreter in den Verwaltungsausschüssen der Wirtschaftsräte und nehmen die Rechte der Arbeiter wahr. Mit den Interessen der Arbeiter kann nicht mehr so herumgespielt werden, wie dieses früher der Fall war. Ein Stiftstand darf nicht eintreten, weitere Rechte müssen den herrschenden Klassen abgerungen werden, bis das Endziel erreicht ist. Besonders ging ich auf die Leistungen unseres Verbands ein und schilderte den Zweck der Organisation. Ein beachtenswertes Fortschritt in der Mitgliederzahl der Verwaltungsstellen hat diese Tour bewirkt.

In Heidelberg hielt ich am 1. Oktober den ersten Vortrag. Die Kolleginnen waren zu dieser Versammlung erschienen. Die Verhältnisse in der Automobilindustrie wurden geschildert. Auch den anwesenden Lehrlingen wurde durch Beispiele der Wert der Organisation klargestellt. Nach einer angemessenen Diskussion wurde die Versammlung mit acht Aufnahmen beendet.

Karlsruhe. Mit den anwesenden Kollegien sprach ich mich aus, wie am besten die Organisation am Ort vorwärts gebracht werden kann. Man darf nicht verkommen, dass in Karlsruhe ziemlich verworrene Berufsverhältnisse herrschen. Bei 150 Selbstständigen kommen 80 Lehrlinge und nur 25 ständige Gehilfen in Frage. Außerdem arbeiten

in den Polsterwerkstätten ob und zu 25 Landkrauter als Gehilfen, die nach geisterter Arbeit wieder nach ihrem Dorf verschwunden. Bei der Firma Nutgens, einer früher sehr bekannten Möbelrestaurationsfabrik, arbeitet heute nur noch ein Gehilfe. Die anderen Sattler haben umjubeln müssen oder leben als Sozialentzerrter. Insgesamt stehen nur sechs Sattler am Ort in Arbeit. Wie in anderen Orten, so wird auch hier im Wandel der Zeiten eine Änderung der Berufsverhältnisse eintreten. Unsere lebigen Mitglieder müssen sich zum Verbande stehen und nichts unverucht lassen, die Industriestromen zum Verbande heranzuholen.

Am Mittwoch, den 3. Oktober, fuhr ich über Kastell nach Kuppenheim. Als ich in Kastell umtrug, fuhr mir durchs Gedächtnis die Erinnerung an den babilischen Aufstand im Jahre 1848 und die Überquerung der gefangenen Revolutionäre auf die Festung Kastell. Heute sieht dieser Ort nicht mehr so farbigerartig aus. Die Zeit sieht heute auch anders aus als vor 80 Jahren. In Kuppenheim stand eine mächtig befürchtete Versammlung statt. Speziell sprach ich über die Verhältnisse in der Kölnerindustrie. Wie oft ist die Firma Schäuble in Tübingen bei den Bohnverhandlungen als Konkurrent bezeichnet worden. Für mich war es lehrreich, die Verhältnisse in Kuppenheim genau zu lernen. Eine rege Debatte knüpfte sich an den Vortrag. Besonders wurde das übermenschliche Arbeiten gegeißelt und die Kollegen ermahnt, nicht auf Kosten der Gesundheit über ihre Kräfte zu gehen. Um Ort sind 240 Berufsangehörige vorhanden. Ein großer Teil ist noch nicht organisiert. Die Kolleginnen und Kollegen bei den Firmen Kiefer und auch Mint müssen sich unbedingt in größerer Zahl dem Verbande anschließen.

Am 4. Oktober fand eine von 12 Kollegen besuchte Versammlung in Baden-Baden statt. Nach dem Vortrag stand eine gute Aussprache statt. Es ließen sich acht Kollegen in den Verbande aufnehmen. Sofort trafen wir zur Gründung einer Verwaltungsstelle und zu der Wahl eines Vorstandes. So möge nunmehr die jüngste Verwaltungsstelle unserer Organisation dauernden Bestand haben.

Im Kaiserslautern, einer mir von früher her allbekannten Verwaltungsstelle unseres Verbandes, sprach ich am 5. Oktober. Hier wurde früher viel Militärdienst geleistet. Jetzt arbeiten die Kollegen auf andere Artikel. Besonders bewunderte Fahrabordmuster angelehnt. Den Kollegen gab ich Aufschluss über die Verhältnisse in anderen Hochradfertigstellereien. Mit verschiedenen Kollegen wurden Erinnerungen über die früheren Zeiten der Militärdienst und die damals beschäftigten Kollegen ausgetauscht. Als Angehörige der modernen Arbeiterbewegung wollen wir froh sein, dass der Militarismus in seiner damaligen Gestalt verschwunden ist. Damit müssen sich auch unsere Kollegen der Militärbranche absindern. Und sie tun dies auch als leidende Arbeiter.

Am 6. Oktober fand die Versammlung in Heidelberg statt. Hier befindet sich die Kofferfabrik von Timmermann u. Wolter, die vor kurzem nach Kaiserslautern Mußler die Kosten hergestellt. Insgesamt werden 36 Personen beschäftigt, in der Mehrzahl jugendliche Arbeiter und Arbeitnehmerinnen. Nach dem Vortrage sagte eine lebhafte Aussprache ein, besonders wurden die örtlichen Verhältnisse beprochen.

Die letzte Versammlung in Süddeutschland fand in Mannheim am Sonntag, den 7. Oktober, statt. Für Mannheimer Kollegen war eine Sonntagsversammlung ein Problem, welches durch den guten Besuch ich bewältigt hat. Nach einem längeren Vortrag wurden die örtlichen Berufsverhältnisse besprochen. Bei der Firma Benz sind eine Anzahl Berufsangehörige gefüllt worden. Von einem Kollegen wurde der Wunsch ausgedrückt, wenn über die Sportaktivität der Kollegen gesprochen wird, nicht zu vergessen, den Kollegen zu sagen, dass wenn sie Sport betreiben, sie sich den Arbeitersportvereinen annehmen sollen und nicht den bourgeois Sportvereinen. Der Geist, welcher in Mannheim vorhanden war, ist vorbildlich für viele unserer Verwaltungsstellen.

Im allgemeinen hat die diesjährige Werbung für unseren Verband, soweit ich dieses in Süddeutschland und in Mitteleuropa überleben kann, einen vollen Erfolg gezeigt. Eine Anzahl neuer Mitglieder ist gewonnen worden. Diese zu Schulen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung, ist die Aufgabe, die wir nunmehr zu erfüllen haben. Dazu kommt die Aufklärung durch unsere Zeitung und Vornahme guter Unterhaltung in den Versammlungen. Arbeiten wir mit Lust und Liebe zu unserem Sohn in dieser Weise, dann werden wir einen guten Stamm neuer Mitglieder für die Zukunft gewonnen haben.

H. Busch.

Aus unseren Berufskreisen

Georg Maurer 60 Jahre. Am 26. November d. J. ward Georg Maurer, der erste Vorsteher des "Allgemeinen Deutschen Sattlervereins", 60 Jahre alt. Maurer ging später nach München. Seit 1908 gehörte er dem Münchener Stadtparlament, 1919 war Kollege Maurer Mitglied der Nationalversammlung. Im Jahre 1914 gründete er die Münchener Volksbibliothek und ist seitdem deren Vorsteher und taatlicher Förderer.

Neue Wege zur Hebung der Gewerbevereindustrie. Am 10. Dezember hält sich der Tag, an dem durch Verordnung des Polizeipräsidiums der Maifeldtagung für Groß-Berlin aufgehoben wurde. Die "Miz" bringt anlässlich an diese Reminiszenz ein Kriegsleben über den großen geschäftlichen Schaden, der den Sattler- und Federwarengeschäften und den Handarbeiterbetrieben aus diesem Verbot entstanden sei. Sie sieht dabei fest, dass die Unzuverlässigkeit der Haushalte in bezug auf Billigkeit immer grösser geworden ist und verlangt Abhilfe. Gedacht ist an eine Art Meldepflicht für das große Publikum. Alle Fälle, in denen ein Hund oder eine Kiezeloge die Straße von Bierveriegungen gewesen sind, sollen gemeldet werden. Auf diese Art denkt man die Unterlagen für die Wiedereinführung der Hundepflicht in Groß-Berlin und anderen Städten herbeizuführen und damit auch die Geldstrafe der handarbeitenden Branche wieder auf die alte Höhe zu bringen.

Wir vermissen bei diesem Vorschlag die Meldepflicht für Kugelwunden. Vielleicht könnte eine neue Unterordnung erscheinen, indem man für das edle Geschlecht des Rades nur neben dem Maifeld auch noch eine Art Verkehrssteuerpflicht einführt. Was die Hunde betrifft, so sieht dieser Vorschlag zu erwarten, dass bei Wiedereröffnung des Maifelds durch die Zunft der Hosenfänger die Einprägung erhoben, da anzunehmen ist, dass der Verkehr am Hohen Markt zurückgehen dürfte.

Zum Schluss möchten wir unsere Verwunderung aussprechen, dass ein Organ wie die "Miz" glaubt, mit den artigsten kleinen Mitteln das Geschäft der Hundesteller und -händler zu haben.

Konturs der Firma Fabian & Mayer, Stadt Düsseldorf. L. d. Mart. Neben das Vermögen des Kaufmanns Adolf Fabian in Berlin, alleinigen Inhabers der Firma Fabian & Mayer, ist das Konturverfahren erhöht worden. Die Firma hat in der Instationszeit bis zu 300 Leute beschäftigt. Es wurden vorwiegend Ledergarnituren hergestellt.

Bücherschau

Sozialdemokratischer Kalender für das Jahr 1929. Der Kalenderkunst sind ihrer Zeit immer ein gutes Studiengut. Doch ist das eine Sache nicht zu Ende, sie über sind ideal und praktisch. Kreide und Pfeile sind natürlich auch auf anderweitige Kreide und Pfeile und lassen keine wichtige Regelmäßigkeit aus. Dieser Tag bringt dazu ein Bild, entweder eine Zeichnung oder eine Zeichnung, oder eine Zeichnung einer Gewerkschaft oder einer anderen, uns nachstehenden Organisationen, die sich über den Stand einer Zeichnung aufzutun. Ein Bild, der findet hier, in mehreren Zeichnungen, ein authentisches Material. Ein Bild, das entweder eine Zeichnung oder eine Zeichnung einer Organisationen berichtet, hier steht von sich selbst. Und da er in Kürze hergestellt und auf die Aufführung der großen Rückwand beladen. So geht es weiter, so bildet der Kalender zugleich einen Bedeutungswert, der kann man nicht nennen. Die Aufführung kann durchaus empfohlen werden.

Verbandsnachrichten

(Besammlungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 3. Dezember bis 9. Dezember 1928 ist der 49. Wochenbeitrag fällig. Pflichtliche Beitragszahlung erhöht die Kämpferkasse des Verbandes.

Achtung!

Ortsverwaltungen! Betriebsfunktionärs! Am 1. Dezember 1928 war die allgemeine Betriebs- und Ortsfunktionärs für alle Branchen unseres Verbandes vorgenommen. Wir richten an alle Kollegen und Freunde die dringende Aufforderung, das noch ausstehende Material unverzüglich aufzustellen und an die zuständigen Ortsverwaltungen abzulegen. Der Hauptvorstand.

Alle Verwaltungsstellen, welche die Monatsberichtsfassung für den Monat November noch nicht eingereicht haben, werden dringend erachtet, das bisher Versäumte bis zum 8. Dezember nachzuholen.

Dem Verband gehören über 25 Jahre als Mitglied an. Mannheim: Auch unser Vorsitzender Kollege Adolf Busch, steht seit mehr denn 25 Jahren ununterbrochen im Dienste des Verbandes und hat immer sein bestes tun können für die Bewegung eingesetzt.

Dresden. Wie früher wird auch dieses Jahr unter Arbeitlosen, kranken und invaliden Mitgliedern eine Beihilfe gewährt. Wer Anspruch darauf erhebt, hat sich bis zum 15. Dezember im Bureau zu melden. Mitgliedsausweis, Stempelkarte und Krankenschein ist zu legen.

Die Ortsverwaltung.

Veranstaltungskalender

Deimold. Jeden ersten Freitag im Monat finden untergliederversammlungen im Restaurant zum Grünen Dörriger, Weierstraße statt. Die nächste Versammlung ist am Freitag, dem 7. Dezember, abends 8½ Uhr.

Sterbetafel

Berlin. Am 24. November starb unser Kollege, der Sattler Franz Schneider, im Alter von 60 Jahren. Erlangen. Am 26. November starb im Alter von 60 Jahren unsere Kollegin Margarete Hartmann (Ruhe). Am 20. November ist unser Kollege Alfred Böllod im Alter von 20 Jahren an der Tuberkulose gestorben.

Ihre Ehrem Andenkung!